

Kleine Anfrage 510

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Widersprechende Regelungen zum Lärmschutz

Lärm ist ab einem bestimmten Grenzwert als gesundheitsgefährdend anerkannt. Dies belegt u.a. eine neue internationale Übersichtsstudie unter der Federführung des Zentrums für Kardiologie der Universitätsmedizin Mainz. Insbesondere eine gestörte Nachtruhe erhöht das Risiko, dass sich eine Herz-Kreislauf-Erkrankung entwickelt. Wesentliche Einflussfaktoren in diesem Prozess sind die Bildung von freien Radikalen (oxidativer Stress) und Entzündungsreaktionen in Gehirn, Herz und Gefäßen.

Auch die Weltgesundheitsorganisation hat sich eindeutig dazu geäußert: *„Lärm ist eine der größten Umweltgefahren für die körperliche und geistige Gesundheit und das Wohlergehen in der Europäischen Region“* (<https://www.dnr.de/eu-koordination/eu-umweltnews/2018-emissionen/who-laerm-ist-zweitgroesstes-gesundheitsproblem/>)

In Deutschland existieren zur Frage der Bewertung von Lärm und dessen Grenzwerten eine Vielzahl konkurrierender und sich hinsichtlich der Grenzwerte widersprechender Bestimmungen. Hier sind nur zwei Beispiele erwähnt:

- Bewertet wird der Verkehrslärm nach <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/verkehrslaerm/strassenverkehrslaerm#textpart-5>. Für reine Wohngebiete sind dabei am Tag 59 dB (A) und in der Nacht 49 dB (A) zulässig.
- Wird allerdings Gewerbelärm oder eine genehmigungspflichtige (Industrie-)Anlage (z.B. Windkraftanlage) bewertet, so trifft die TA-Lärm zu. Hier gelten für reine Wohngebiete 50 dB (A) am Tag und 35 dB (A) in der Nacht.

Schlussendlich kam das Bundesumweltamt 2019 zu der Schlussfolgerung: *„Lärm löst abhängig von der Tageszeit (Tag/Nacht) unterschiedliche Reaktionen aus. Im Allgemeinen sind bei Mittelungspegeln innerhalb von Wohnungen, die nachts unter 25 dB(A) und tags unter 35 dB(A) liegen, keine nennenswerten Beeinträchtigungen zu erwarten. Diese Bedingungen werden bei gekippten Fenstern noch erreicht, wenn die Außenpegel nachts unter 40 dB(A) und tags unter 50 dB(A) liegen.“*

Die vorgenannten Beispiele verdeutlichen das Problem.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie ist diese dargestellte unterschiedlichen zulässige Lärmbeeinträchtigung mit dem Gesundheitsschutz für alle Menschen vereinbar?
2. Warum hat die Landesregierung bisher ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu diesem Thema nicht (wie andere Bundesländer) durch eine Novellierung des Landesimmissionsschutzgesetzes genutzt?
3. Gibt es im Land Brandenburg einen Plan, diese aufgeführten unterschiedlichen Grenzwerte zu vereinheitlichen?